

**DAS
FREIE
FORUM**

**S 205 66F
ISSN 1432-0223**

INFORMATIONSDIENST

MITTEILUNGSBLATT DER GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK E. V.

Nummer 1

66. Jahrgang

Januar/Februar/März 2026

Vorschau Kongreß

Die GfP weist auf ihren nächsten Kongreß hin, der vom 28. bis 30. August 2026 im Herzen Deutschlands stattfinden wird. Da der GfP-Vorsitzende auf Grund seiner Verurteilung in Österreich wohl noch in diesem Jahr die Aufforderung zum Strafantritt bekommen wird und daher seine Verpflichtungen dann nicht mehr wahrnehmen kann, wird er nicht mehr kandidieren. Nach 16 Jahren wird also einen Obmannwechsel geben, womöglich in Form einer Kampfabstimmung. Deshalb wird den GfP-Mitgliedern empfohlen, sich zahlreich zur Mitgliederversammlung am Freitag, dem 28. August 2026, einzufinden, zumal der Vorstand erweitert und verjüngt werden muß.

Das Generalthema des Kongresses orientiert sich an der gegenwärtigen Lage auf dem ganzen Erdenrund und lautet: **»Welt im Ausnahmezustand – Wohin treibt Deutschland?«** Hierbei soll unsere Situation aus militärischer, ökonomischer, rechtlicher und volkstumpolitischer Sicht beleuchtet werden. Mit der Eskalation der außenpolitischen Situation – Stichwort Krieg in Nahost und der Ukraine – geht eine Verschärfung der innenpolitischen Lage einher. Angestachelt von Brüssel wird die Meinungsfreiheit in der Europäischen Union immer mehr eingeschränkt: Zensur der sozialen Medien, Ausdehnung der Strafbarkeit von Meinungsäußerungen sowie Sanktionierung »unbotmäßiger« Kritiker des weltpolitischen Geschehens als sog. Putin-Versteher oder Rußland-Freunde bis hin zu Kontokündigungen und Ausreiseverboten (siehe das Beispiel des pensionierten Schweizer Oberst und einstigen NATO-Beraters Jacques Baud in Belgien; wir berichteten in der letzten Ausgabe des *Freien Forums*).

Da die Gespräche mit den vorgesehenen Referenten noch laufen, können wir derzeit nur einige Namen nennen, nämlich Rechtsanwalt Dubravko Mandic, der als einer der profiliertesten Strafverteidiger in Deutschland gilt und bereits in zahlreichen politischen Prozessen als Anwalt große Erfolge erringen konnte. Als wortgewaltiger Redner ist ferner Karl Richter vorgesehen, der mit seinen exzellenten Beiträgen in Wort und Schrift messerscharfe Analysen der politischen Lage abgibt. Außerdem sind mehrere Referenten aus Österreich geplant, wobei auch

GfP-Jahres-Kongreß 2026

28. August – 30. August 2026

Welt im Ausnahmezustand – Wohin treibt Deutschland?

*

Anmeldung ab sofort möglich und erwünscht an:

**GfP-Sekretariat Margret Nickel
Klosterhof 4
37999 Wesertal-Lippoldsberg**

ein Südtiroler Landtagsabgeordneter kommen soll. Das genaue Programm können wir erst in der Nummer 2 dieses Jahres bekanntgeben; ebenso die Einladung zur Mitgliederversammlung am Freitag dem 28. August 2026.

Bitte merken Sie sich diesen Termin Ende August schon jetzt vor und informieren Sie Freunde und Gleichgesinnte! Mit dem zu erwartenden politischen Aufbruch im Spätsommer, wo am 6. September bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt eine Wende im Sinne einer AfD-geführten Landesregierung und zwei Wochen später ein Turboeffekt eintreten könnte, wenn Berlin ein neues Abgeordnetenhaus wählt und Mecklenburg-Vorpommern ein neues Landesparlament, sollte auch auf publizistischem Gebiet ein Aufbruch erfolgen. Denn ohne ein unterstützendes Dauerfeuer in den sozialen Medien und bei überparteilichen Veranstaltungen wie der GfP tun sich volkstreue Politiker schwer, auch den vopolitischen Raum und die Herzen der Bürger zu erobern.

Der bald auf immer mehr Ebenen mitregierenden AfD sei eindringlich geraten, ihre aus der Lucke-Ära stammenden Abgrenzungsrituale endlich über Bord zu werfen und Patrioten nicht weiter auszugrenzen, nur weil der von den Herrschenden am Gängelband geführte Verfassungsschutz, der zum schändlichen Machtinstrument der Regierenden verkommen ist, bestimmte Vereine und Gemeinschaften als »rechtsextrem« oder »verfassungsfeindlich« einstuft. Denn hielte sich die nunmehr in Umfragen stärkste Partei an diese Regeln, dann müßte sie sich von sich selbst abgrenzen, wird doch mittlerweile auch die AfD in zahlreichen Bundesländern als »rechtsextremistisch« eingestuft. Wer sich abgrenzt und ausgrenzt, der verliert und betreibt nur das schmutzige Spiel des politischen Gegners. Gewinnen kann er dadurch nichts, auch nicht das Vertrauen des politischen Mitbewerbers! Eine Vernetzung der Patrioten in Europa darf nicht nur auf parteipolitischer Ebene erfolgen, sondern muß auch auf publizistischem Gebiet angestrebt werden. Denn nur gemeinsam können EUropas selbstbewußte, heimat-treue Bürger den Anmaßungen und Restriktionen Brüssels begegnen! ■

AfD-Chef Chrupalla fordert Abzug der US-Truppen aus Deutschland

Ein längst überfälliger außenpolitischer Paukenschlag: AfD-Chef Tino Chrupalla drängt auf einen Kurswechsel in der deutschen Sicherheits- und Innenpolitik und bekräftigte auf einem Parteitag im sächsischen Löbau die Forderung nach einem vollständigen Abzug amerikanischer Truppen aus Deutschland. Er bezog sich dabei auf das Parteiprogramm. »Fangen wir an, das umzusetzen mit dem Abzug der US-Truppen aus Deutschland«, erklärte Chrupalla.

Er verwies in diesem Zusammenhang auf Spanien, das den USA nach Ausbruch des Krieges am Persischen Golf die Nutzung eigener Basen für Angriffe untersagt hatte. Deutschland solle sich militärisch zurückhalten und nicht weiter in internationale Einsätze einbinden lassen.

Chrupalla sieht seinen Vorstoß im größeren strategischen Kontext: »Wir müssen uns weiterentwickeln von einer Oppositionspartei zu einer Regierungspartei«, sagte er. Die Wähler erwarteten konkrete Machtperspektiven. Als Zielmarke nannte er das Jahr 2029, das »das Jahr des neuen Deutschlands« werden müsse.

Das Verhältnis zur NATO und den USA wird in der AfD durchaus kontrovers gesehen. Obwohl die Grundsatzforderung nach einem NATO-Austritt im Parteiprogramm niedergelegt ist, gibt sich das Lager der Transatlantiker lautstark. Umso überfälliger war Chrupallas Vergatterung des Parteivolks auf eine zentrale außenpolitische Forderung der AfD – zumal Deutschland dank der Anwesenheit der US-Truppen einschließlich amerikanischer Atombomben spätestens seit Ausbruch des Irankrieges auf einem Pulverfaß sitzt: die Iraner, die auch nach über einem Monat Krieg alles andere als besiegt sind, beschießen seit Wochen immer wieder Ziele in den Vereinigten Arabischen Emiraten, die mit den USA verbündet sind und amerikanische Militärbasen beherbergen. Die Gefahr ist real, daß auch US-Einrichtungen in der Bundesrepublik, die für die Kriegführung am Persischen Golf essentiell sind, früher oder später beschossen werden. ■

Die Ramstein Air Base in Rheinland-Pfalz ist der wichtigste US-Militärstützpunkt außerhalb der USA und ein entscheidender Knotenpunkt und zentrales logistisches Drehkreuz für militärische Operationen. Der Stützpunkt Ramstein könnte durchaus ein Ziel für iranische Schläge werden und eine Bedrohungslage darstellen. Nun mehren sich die Stimmen, daß Deutschland erst dann souverän sein wird, wenn »alle US-Soldaten aus Deutschland raus sind«. Foto: Wikipedia



Landtagswahlen offenbaren starke Bruchlinien

Mit knapp 20 Prozent der Stimmen erzielte die AfD in Baden-Württemberg (BW) und Rheinland-Pfalz (RP) ihr bislang bestes Ergebnis bei einer westdeutschen Landtagswahl. Auch wenn ihre Gegner diesen Wahlerfolg relativieren und behaupten, die rechte Partei habe ihre gesteckten Ziele nicht erreicht, hat eine Nachwahlanalyse von Infratest Dimap »tektonische Verschiebungen« in der Wählerschaft erkennen lassen, die die gegenwärtige Polarisierung in unserer Gesellschaft widerspiegeln und politische Erdbeben ankündigen.

1. Die AfD wird nicht mehr nur von Protestwählern, sondern zunehmend aus Überzeugung gewählt. Eine zunehmende Verfestigung des Wählerpotentials im rechten und populistischen Spektrum deutet darauf hin. Die Partei hat sich zu einer fest etablierten politischen Kraft entwickelt. Daher sei es nach Ansicht von seriösen Wahlanalysten und Soziologen illusorisch zu glauben, daß ein Teil der AfD-Wähler zurückzuholen sei; sie haben sich von den Parteien, für die sie bisher stimmten, zu sehr entfremdet. Ein Großteil der AfD-Wählerschaft gilt mittlerweile als kaum erreichbar; Vorwürfe der Vetternwirtschaft in der AfD haben sich offensichtlich nicht negativ auf ihr Wahlergebnis ausgewirkt.

2. Die Arbeiterschaft kehrt den Sozialdemokraten immer mehr den Rücken. Im Industrieland Baden-Württemberg ist sie beinahe aus dem Landtag geflogen, obwohl sie mit sozialen Sachthemen argumentiert hat, die die Arbeitnehmer eigentlich interessieren müßten. Durch unkontrollierte Zuwanderung, unsinnige Klimapolitik, explodierende Energiepreise wird der Druck auf den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme massiv erhöht, und die unmittelbar Betroffenen zahlen folgerichtig den etablierten Altparteien, vornehmlich der SPD, heim, die den Schlamm verurteilt haben. In Rheinland-Pfalz holte die AfD bei den Arbeitern 39 Prozent der Stimmen – fast doppelt so viel wie die SPD. Die einstige Arbeiterpartei ist zur »Rentnerpartei« degeneriert, wird überschnittlich von Älteren ab 70 gewählt und muß ähnlich wie die FDP fürchten, bei den drei Landtagswahlen im kommenden Herbst außen vor zu bleiben. Die SPD sucht Wähler und wird sie in absehbarer Zeit nicht finden, denn die beiden Altparteien, auch die CDU, vertreten keine Volksinteressen mehr.

3. Die wohl deutlichste Bruchlinie betrifft aber die Altersgruppen. Laut der Nachwahlbefragung von Infratest dimap wurde die AfD in RP in sämtlichen Altersgruppen bis 45 Jahre zur stärksten politischen Kraft. In BW erreichte sie in der Altersgruppe 15 bis 59 durchschnittlich 24 Prozent. In RP wählten dagegen 78 Prozent der über 70-Jährigen entweder SPD oder CDU. Die demographische Uhr tickt gegen die Altparteien. Die am ehesten von Zukunftsängsten geprägte jüngere Generation wird ihre Zukunft gestalten wollen.

4. Die Brandmauer, an der sich die »etablierten« Parteien krampfhaft festhalten, wird immer brüchiger. Die Frage ist nicht mehr, ob sie fällt – sondern wann sie fallen wird. Jedenfalls haben die beiden letzten Landtagswahlen ein unmißverständliches Signal gesendet. ■

Überflüssiges Bündnis Sahra Wagenknecht: Mitgründerin erklärt Parteiaustritt – und lobt Tino Chrupalla

Zaklin Nastic, Mitbegründerin und Vorstandsmitglied des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), hat genug – sie hat ihren Parteiaustritt erklärt. In einem Schreiben mit der Überschrift »In Hamburg sagt man: ›Tschüss‹« rechnet sie schonungslos mit der eigenen Partei ab, besonders mit der Co-Vorsitzenden Amira Mohamed Ali. Nastic war bei der Bundestagswahl 2025 noch Spitzenkandidatin in Hamburg.

»Genau wegen und gegen diese Katzbuckelei habe ich die Linkspartei damals verlassen und das BSW beim Aufbau unterstützt. Und genau deshalb verlasse ich es jetzt«, schreibt Nastic. Ihre Hoffnungen auf einen echten politischen Neuanfang mit dem BSZ hätten sich nicht erfüllt. Die Partei habe »viele Vorurteile« über »Parteipolitik als schmutziges Geschäft« bestätigt. Die Methoden, mit denen in der Linkspartei gegen Sahra Wagenknecht intrigiert worden sei, seien im BSW inzwischen »nachgebaut« worden.

Besonders hart trifft ihre Kritik die Co-Vorsitzende Mohamed Ali. Diese stehe »für katastrophale Wahlergebnisse, schlechte Ausstrahlung und miserable Außenwirkung in sozialen Medien, aber dafür als grandiose Strippenzieherin – mit der Lizenz zur Einlaßkontrolle«. Ein »Führungsklüngel« habe »prüfen, aussortieren und blockieren« lassen. Was geblieben sei, seien »private Machtsicherung und Nährboden für den Karrierismus von Netzwerken«.

Nastic hadert auch mit der außenpolitischen Ausrichtung der ehemals als Friedenspartei gehandelten Partei. Sie fragt, warum Sahra Wagenknecht Putin »mediengerecht ›einen Kriegsverbrecher‹« genannt habe. Statt mit der »gemäßigten AfD« zu verhandeln, habe die BSW-Führung Koalitionen »mit den extremistischen Aufrüstern in SPD und CDU« geschlossen. Es fehle an Mut und strategischer Klarheit, etwa bei der Zusammenarbeit mit Friedenskräften. »Immerhin ist es Tino Chrupalla, der den Mut hat, den Abzug der US-Soldaten aus Deutschland zu fordern und nicht die BSW-Spitze, die hier nur herumeiert!«

Wer nicht begreife, »daß man bei zentralen Fragen wie Frieden und Krieg auch über politische Lagergrenzen hinweg zusammenarbeiten« müsse, habe »weder Rosa Luxemburg noch Willy Brandt, weder moralische Prinzipien noch pragmatische Strategie verstanden«. Der Versuch, es sich mit den etablierten Parteien nicht zu verderben, sei »Verrat am ursprünglichen Anspruch dieser Partei«.

Das sehen auch immer mehr enttäuschte Wähler mittlerweile so. Während die AfD in den Umfragen von einem Hoch zum nächsten eilt, dümpelt das BSW laut einer *Spiegel*-Umfrage von Anfang April bundesweit bei nur noch drei Prozent dahin. Viele halten die Wagenknecht-Gründung inzwischen für schlichtweg überflüssig. ■kr



Zaklin Nastic, von 2017 bis 2025 Mitglied des Deutschen Bundestags.

»Jeder sollte vorbereitet sein!«

Nach dem linksextremistischen Anschlag auf das Berliner Stromnetz im Dezember warnte Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik vor weiteren Anschlägen und einer anhaltenden Gefahr für die kritische Infrastruktur. Die Bevölkerung müsse sich wappnen, da das Phänomen längst die Möglichkeiten einer Landesbehörde überfordere. (25.1.26) Stimmt das und ist das ein Bekenntnis von Ohnmacht? Oder ein Zeichen von Laschheit?

Die linksextreme »Vulkangruppe« bekannte sich zum Anschlag auf das Berliner Stromnetz. Mitte Januar wurde bekannt, daß die Generalbundesanwaltschaft seit 2011 gegen diese terroristische Vereinigung ermittelt und in diesem Zeitraum keine einzige größere Durchsuchung angeordnet hat. Nach keinem einzigen Tatverdächtigen wird öffentlich gefahndet. (Quelle: u.a. cicero.de, 12.1.26) Die General-

bundesanwaltschaft ermittle, das ist die einzige Reaktion der deutschen Strafverfolgungsbehörden. Insgesamt rechnen Ermittler der »Vulkangruppe« mehr als ein Dutzend strafbare Tatkomplexe zu.

Nach dem Anschlag auf das Berliner Stromnetz gerät der Umgang des Senats mit Linksextremismus in den Fokus. Eine Anfrage der AfD zeigt: Für Prävention gegen linken Extremismus gab es zuletzt kaum Mittel – 1,7 Millionen Euro im Jahre 2025 dagegen gegen Rechts. Der Linksextremismus wächst, wird brutaler und professioneller. Die Zahl linksextremistisch motivierter Straftaten in Deutschland ist im Jahr 2024 um 37,9 % auf 5.857 Delikte gestiegen. Für das Jahr 2025 liegen noch keine vollständigen, offiziellen Statistiken des Bundeskriminalamts (BKA) für das gesamte Bundesgebiet vor. Erste Auswertungen Anfang 2026 deuteten jedoch auf einen deutlichen Anstieg linksmotivierter Straftaten für das Jahr 2025 hin.

Beim Thema Öko-Terrorismus taucht der in Münster ansässige linksradikale Unrast-Verlag auf. Dieser Verlag veröffentlichte 2023 die Broschüre »Tipps und Tricks für Antifas und Antiras«, in der ein anonymes Autorenkollektiv konkrete Tipps für Linksterror zum Besten gibt. Zum Beispiel erklären sie, worauf man beim Verfassen eines Bekennerschreibens achten sollte und wo man es am besten hochlädt. Die Antifaschisten nennen hierbei auch die linksextreme Plattform Indymedia. Genau hier lud auch die »Vulkangruppe« ihr Bekennerschreiben zu ihrem jüngsten Anschlag auf das Kraftwerk Berlin-Lichterfelde hoch. Das Nius-Portal fand heraus (12.11.26), daß ein Autor des Unrast-Verlags, Guido Arnold, in Basel zu Anschlägen aufgerufen habe. Arnold ist theoretischer Physiker, Mitarbeiter des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung, unterrichtet an der Kunsthochschule für Medien in Köln und soll auch die »Vulkangruppe« inspirieren. Die Bekennerschreiben der linksterroristischen »Vulkangruppen« zeigen jedenf alls erstaunliche Parallelen zu den Schriften des Physikers auf. Besonders pikant: Der Unrast-Verlag mit Sitz in Münster wurde im Herbst 2025 (mit dem Konkursbuch Verlag aus Tübingen und dem März Verlag aus Berlin) als einer der Spitzenpreisträger mit dem Deutschen Verlagspreis ausgezeichnet und erhielt somit staatliche Fördergelder in Höhe von 50.000 Euro. ■

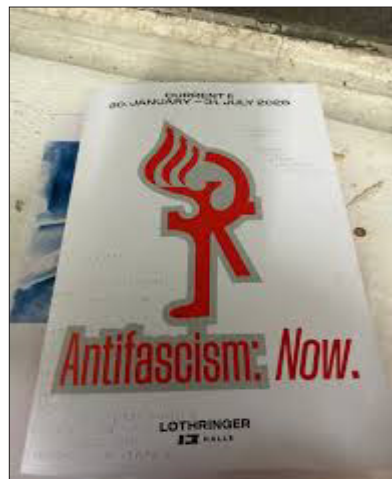
Aufruf zur »Sabotage von digitaler Infrastruktur«

Bis Ende Juli 2026 ist die Ausstellung »Antifascism: Now« in der städtischen Münchner Kunsthalle Lothringer 13 zu sehen. Die Ausstellung ist der Auftakt zu einem langfristigen (bis 2028), interdisziplinären Projekt in München und in mehreren Städten insbesondere im Osten und Südosten Europas. Eine finale Ausstellung soll 2028 im Ludwig Forum Aachen stattfinden. »Antifaschismus wird hier als komplexe und dynamische Praxis verstanden, die Erinnerungspolitik, Aktivismus und künstlerische Produktion miteinander verwebt und Raum für zukünftige gesellschaftliche Transformation schafft.« (lothringer13.com) Antifaschismus werde nicht nur als Widerstand gegen rechtsextreme Bewegungen verstanden, sondern als »aktiver, vielschichtiger Kampf gegen autoritäre, rassistische, imperiale, antisemitische und koloniale Strukturen der Gegenwart«. Damit solle Antifaschismus als »Solidaritätsbegriff erneuert, normalisiert und seiner aktuellen Dämonisierung entzogen werden?« Das Internet-Portal Nius (nius.de, 3.2.26) hat sich die Ausstellung genau angesehen. Die gesamte Bandbreite der Antifa ist repräsentiert. Besonders auffällig auf der Ausstellung ist eine Gruppe mit dem rätselhaften Namen »Error 417 Expectation Failed«, die offen zu Sabotage aufruft und hierfür – als Kunst getarnte – Anleitungen bereit stellt: An den kahlen weißen Wänden der städtischen Münchner Kunsthalle hat die Gruppe Sprüche angebracht wie etwa »Wie man einen V-Ball baut«, »Denke darüber nach, welche Gebäude in deiner Region Autorität haben«, »Observiere ihre Schutz-Qualitäten« und »Finde heraus, mit was du davon kommst«. Auch eine Anleitung zur Sabotage der ICE-Hotline – der Telefon-Hotline der amerikanischen Abschiebebehörde – hat sie an den Wänden angebracht. Unfaßbar. Unfaßbar deshalb weil das angesehene Goethe-Institut, der die Veranstaltung mit 83.000 Euro Steuergeld bezuschußt hat, zu den »Kooperationspartnern« der Ausstellung gehört. Die besondere Pointe: Der Generalsekretär des Goethe-Instituts, Johannes Ebert, eröffnete die Ausstellung persönlich. ■



Johannes Ebert (hier im Jahre 2018), seit 2012 Generalsekretär des Goethe-Instituts.

Plakat der mit Steuergeldern bezuschußten Ausstellung in der städtischen Münchner Kunsthalle, die mit Sprüchen wie etwa »Wie man einen V-Ball baut« offen zur Sabotage aufruft.



Gleichschaltung bei der Bundeswehr: Major wegen AfD-Engagements unehrenhaft entlassen



Nach über 20 Dienstjahren fristlos entlassen: Der Soldat Heurich bestreitet die Vorwürfe. Möglicherweise sind die »Beweise« konstruiert worden, um eine politisch motivierte Entlassung zu rechtfertigen.

Bestrafe einen – erziehe hundert: Nach dieser Maxime kommunistischer Regime hat die Bundeswehr jetzt einen langgedienten Soldaten entlassen – nach zwanzig Dienstjahren. Das Opfer ist Major Christoph Heurich. Sein Vergehen: Er ist gleichzeitig als Stadtrat für die AfD tätig. Deswegen wurde er Ende Januar fristlos und unehrenhaft entlassen. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) zog Heurichs Verfassungstreue in Zweifel. Konkrete extremistisch motivierte Taten oder Äußerungen werden ihm nicht vorgeworfen.

Heurich, seit 2004 Soldat, trat 2015 der AfD bei und vertritt sie seit rund sieben Jahren im Meininger Stadtrat. Wie zu erfahren war, wurde seine Karriere bereits zum 28. November 2025 beendet. Gehalt und Pensionsansprüche wurden ihm gestrichen. Der MAD stufte ihn als Verfassungsfeind ein, weil er eine Partei unterstütze, »die extremistische Bestrebungen verfolgt«. Heurich selbst gibt den Vorgang so wieder: »Da ich die AfD unterstütze, die extremistische Bestrebungen verfolgt, bin ich selbst ein Extremist und nicht länger für die Bundeswehr tragbar.«

Die Entlassung stützt sich auf das Soldatengesetz. Ein zwischenzeitlicher Austritt aus der AfD nach der Einstufung des Thüringer Landesverbandes als »erwiesen rechtsextremistisch« durch den Verfassungsschutz änderte nichts. Heurich blieb in der AfD-Fraktion und wurde später ihr Fraktionsvorsitzender.

Auch private Social-Media-Aktivitäten spielten bei seiner »Enttarnung« eine Rolle. Dabei bestreitet Heurich, nach Mitte 2020 noch Posts verfaßt zu haben. Er habe bestenfalls »mal einen Beitrag von Thüringens Parteichef Björn Höcke gelikt oder einen Beitrag des Parteinachwuchses« geteilt. Den Gesinnungsschnüfflern genügte das offenbar. Heurichs Account ist mittlerweile gelöscht, eine Überprüfung kaum möglich. Nun wehrt sich der langjährige Major vor Gericht. Auch die Rechtsabteilung des Bundeswehrverbandes hält die Entlassung für ungerechtfertigt. Der Verband selbst äußert sich nicht.

Der Fall hat das Potential für einen Präzedenzfall mit weitreichenden Folgen. Die AfD ist eine legale, nicht verbotene Partei mit Millionen Wählern, die sich – wie es das Grundgesetz vorsieht – durch ihre Wahlteilnahme am demokratischen Prozeß beteiligt. Faktisch dient die vielbeschworene »wehrhafte Demokratie« im angeblich »besten Deutschland, das es jemals gegeben hat« (Steinmeier), längst als Vorwand für politische Gesinnungsschnüffelei. Ein Rechtsstaat hingegen, der diesen Namen verdient, bestraft Überzeugungen nicht, er schützt sie. Nun sind die Gerichte gefordert. ■kr

Weil sie die Täter beschimpfte: Vergewaltigungsoffer muß hinter Gitter

Erneut ein Fall, der am »Rechtsstaat« Deutschland zweifeln läßt: Eine junge Frau muß für 48 Stunden in den Jugendarrest – weil sie einen verurteilten Vergewaltiger beschimpfte. Vor sechs Jahren, 2020, wurde die damals 15jährige im Hamburger Stadtpark von mehreren jungen Männern mit Migrationshintergrund mißbraucht. Neun Täter wurden verurteilt, einer erhielt eine Jugendstrafe ohne Bewährung.

Die Frau gelangte über soziale Medien an die Privatnummer eines der Täter und kontaktierte ihn. Jüngst nun stand sie vor dem Hamburger Amtsgericht. Die Anklage warf ihr »Haßpostings« vor. Sie hatte den Mann als »ehrloses Vergewaltigerschwein« und »ekelhafte Mißgeburt« beschimpft und ihm gedroht, er könne nirgendwo mehr hingehen, »ohne auf die Fresse zu kriegen«. Die Frau gab an, aus einem Reflex heraus gehandelt zu haben.

Das Gericht verurteilte sie zu einem Freizeitarrrest: die Zeit von Freitagabend bis Sonntagabend muß sie in einer Jugendstrafanstalt verbringen. Der Richter nannte es eine »Unart«, im Internet seinen Unmut loszuwerden. Gegen rund 140 weitere Personen, die sich mit der Frau solidarisiert hatten, wurde wegen ähnlicher Äußerungen ermittelt. Darunter waren Todesdrohungen, Folterfantasien und Beschimpfungen. Einige Verfahren richteten sich auch gegen empörte Bürger, die Beleidigungen gegen die vorsitzende Richterin des Vergewaltigungsprozesses gepostet hatten. Der Richterverein zeigte sich damals »bestürzt über die unerträgliche Hetze gegen eine Kollegin« und sprach von einem »gezielten Angriff auf den Rechtsstaat«.

Viele Bürger können sich dieser Logik nicht anschließen – was nachvollziehbar ist. Denn während vier der Vergewaltiger Bewährungsstrafen erhielten und vier weitere ebenfalls zur Bewährung ausgesetzte Jugendstrafen bekamen, findet sich nun ausgerechnet diejenige hinter Gittern wieder, die einem Täter ihre Wut ins Gesicht sagte. Ironischerweise mußte der von ihr beleidigte Täter für die Vergewaltigung keinen einzigen Tag in Haft. Die junge Frau besucht derzeit die Schule, um ihren Abschluß nachzuholen, und will Kinderkrankenschwester werden. ■

Im Jahre 2024 hat es 788 sogenannte Gruppenvergewaltigungen gegeben. Dies teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort (21/1054) auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion (21/869) mit. Im Jahre 2023 seien es 761 Fälle gewesen, heißt es unter Bezugnahme auf Daten aus der Polizeilichen Kriminalstatistik. Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger habe 2024 bei 51 Prozent und 2023 bei 47 Prozent gelegen. Auf die Frage nach den häufigsten in der Polizeilichen Kriminalstatistik registrierten Staatsangehörigkeiten nennt die Bundesregierung für 2024 Deutschland, Syrien, Afghanistan, Irak und Türkei.

Wieder Kontokündigung gegen mißliebigen Publizisten



Ulrich Heyden
(Bild: Wikipedia)

Die Kündigung von Bankkonten (das sogenannte »De-Banking«) gegenüber Journalisten und regierungskritischen Medien wird zunehmend als Instrument der Zensur und Bedrohung der Pressefreiheit angeprangert. Im November 2025 forderte die AfD-Bundestagsfraktion in einem Antrag die Bundesregierung auf, etwas gegen das »Debanking« zu unternehmen, »um allen Bürgern, legalen Unternehmen und Parteien einen diskriminierungsfreien Zugang zu Bankdienstleistungen zu gewährleisten«.

Jacques Baud, Thomas Roeper, die österreichische Journalistin Elsa Mittmannsgruber – und kein Ende. Jetzt wurde dem langjährigen Rußland-Korrespondenten Ulrich Heyden von der Hamburger Sparkasse sein seit den neunziger Jahren bestehendes Konto gekündigt. Das ist wie in den vorgenannten anderen Fällen auch in Heydens Fall existenzbedrohend.

Heyden ist bereits der dritte in Rußland lebende deutsche Journalist, dem sein Konto gekündigt wurde. In dem Schreiben, das er am 13. März von der Bank erhielt, ist nur von einer »Überprüfung« der »Geschäftsverbindungen zu Kunden, die ihren Wohnsitz in Rußland haben«, die Rede. Konkrete Vorwürfe werden nicht erhoben. Ein Mitarbeiter der Sparkasse begründete die Kündigung am Telefon mit den EU-Sanktionen und der Einstufung Rußlands als »Hochrisiko-Land«.

Heyden sieht – völlig zurecht – darin einen Angriff auf die Pressefreiheit. In einem Brief, mit dem er sich direkt an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wendet, schreibt er mit Blick auf Roeper und Alina Lipp: »Daß man ausgerechnet uns drei für Kontokündigungen auswählt und nicht die Moskau-Korrespondenten der Zeit, der FAZ, des ZDF und der ARD, liegt auf der Hand. Wir drei berichten über Rußland mit Verständnis und nicht mit Schaum vor dem Mund.« »Doch Verständnis paßt nicht zu der von der Bundesregierung geforderten Kriegsertüchtigung. Wie geht das an, Herr Steinmeier?«

Der Journalist, der für Medien wie den *Deutschlandfunk*, die *Sächsische Zeitung* und *Freitag* arbeitete und mehrere Bücher veröffentlichte, fürchtet um seine wirtschaftliche Grundlage. Er lebe ausschließlich von Honoraren deutscher, Schweizer und österreichischer Medien, die auf seinem Sparkassenkonto eingingen. »Was soll ich meinem Großonkel Ulrich Wilhelm Graf Schwerin von Schwanenfeld sagen, wenn ich ihn im Himmel treffe?«, fragt Heyden mit Blick auf seinen im Dritten Reich ums Leben gekommenen Verwandten. »Er wird sagen, daß es Mord und Terror gegen Andersdenkende auch in der Nazizeit gab und daß er sich nicht hätte vorstellen können, daß sich so etwas in Deutschland wiederholt.«

Heyden bittet den Bundespräsidenten, sich für die Rücknahme der Kündigung einzusetzen. Die Maßnahme widerspreche »den Grundsätzen der Demokratie und der Pressefreiheit«. Zu befürchten steht freilich, daß sich Steinmeier dadurch wenig beeindruckt lassen wird. Seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine ist er einer der maßgeblichen und prominentesten Rußland-Hetzer in Deutschland. ■

Hetze pur: ZDF-Intendant Himmler hält unabhängige Medien für »Feinde«

Die bundesdeutsche Gesellschaft ist zutiefst gespalten. Spätestens seit der Corona-»Pandemie« trieben Mainstream-Medien und Politik den Keil der Polarisierung in die Öffentlichkeit – mit der Folge, daß Verständigung zwischen den verschiedenen Lagern heute nur noch in Ausnahmefällen möglich ist.

Ein Vorreiter der Spaltung ist der neue ZDF-Intendant Norbert Himmler. Er bezeichnete die neuen, in aller Regel unabhängigen Medien in seiner Bewerbungsrede beim ZDF wörtlich als »Feinde« und machte sich damit die Wortwahl von Daniel Günther und Karin Prien zu eigen. Günther, schleswig-holsteinischer CDU-Ministerpräsident, hatte sich im Januar unverhohlen zur Zensur mißliebiger Medien bekannt, und Bundesfamilienministerin Karin Prien ist für die Ausreichung millionenschwerer Fördergelder an das linke Denunziantennetzwerk »Demokratie leben!« zuständig. Die dafür lockergemachten staatlichen Fördergelder, die vom Steuerzahler aufgebracht werden müssen, lagen zuletzt bei über 190 Millionen Euro (!) im Jahr.

Besonders aufschlußreich war Himmlers Beschwörung der linken Machtachse: man wolle sich mit zivilgesellschaftlichen, wissenschaftlichen und Kulturinstitutionen vernetzen, mit der Kreativbranche und Printmedien zusammenarbeiten. »Der Feind sitzt schlichtweg woanders.« Wo dieser »Feind« zu finden sei, machte er ebenfalls klar: Menschen, die Fakten ablehnten, die nicht in ihr Weltbild paßten, und »sogenannte Medien, die so einseitig berichteten, daß es mit Journalismus nichts mehr zu tun hat«. Seinen eigenen Sender, das ZDF, meinte Himmler damit freilich nicht.

In einer am 30. Januar ausgestrahlten Sonderfolge hat sich die ZDF-Satiresendung »Die Anstalt« einen bemerkenswerten Fehltritt geleistet: Sie warb für eine linke Kampagne, deren Ziel ein Parteiverbot der AfD ist. Entsprechende Demonstrationstermine wurden den Zuschauern regelrecht eingehämmert.

Die staatlich alimentierte »Zivilgesellschaft« hat sich die Bedrohung unliebsamer Medien inzwischen reflexartig angewöhnt. Wenn linke Bündnisse gegen die AfD demonstrieren oder in Berlin-Treptow gefordert wird, »rechten Medien auf die Tasten zu treten« – eine Forderung, bei der eine Mitarbeiterin der Amadeu Antonio Stiftung zugegen war –, dann zeigt sich: der Kampf gegen vermeintliche »Feinde« gehört inzwischen zum Ritual des linken Mainstreams. Man darf sich nicht wundern, wenn aus der verbalen schließlich reale Gewalt wird. ■



Norbert Himmler
(Bild: Wikipedia)

§11 des Staatsvertrags für Rundfunk und Telemedien besagt: »Die öffentlichen Rundfunkanstalten haben bei der Erfüllung ihres Auftrags die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit ihrer Angebote zu berücksichtigen.«

Kunsthfreiheit als Freifahrtschein?

Das »Zentrum für Politische Schönheit« (ZPS) definiert sich als »eine Sturmtruppe zur Errichtung moralischer Schönheit, politischer Poesie und menschlicher Großgesinntheit«! Sein Gründer Philipp Ruch, angeblich Philosoph und Aktionskünstler, hatte 2023 gefälschte Briefe an neun AfD-Mitglieder versendet. Die Schreiben trugen die Namen und Unterschriften der Bundesgeschäftsstelle der Partei und forderten die Empfänger auf, »sämtliche Sachverhalte zu sammeln, die für ein Verbot mißbraucht werden könnten«. Als Anreiz wurde ein absurdes Gewinnspiel mit Tankgutscheinen und Wochenendreisen in Aussicht gestellt. Das Amtsgericht Tiergarten sah den Tatbestand der Urkundenfälschung als erfüllt an, sprach Ruch aber wegen der Kunstfreiheit frei. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Geldstrafe in Höhe von 7200 Euro beantragt. (Quelle: u.a. stern.de, 13.1.26)

Das (ZPS), laut *Frankfurter Allgemeine* das »größte, am meisten gehaßte und geliebte Polit-Kunst-Aktivismus-Kollektiv in Deutschland«, ist kein unbeschriebenes Blatt. Seit 2009 fiel die inzwischen über 100 Aktivisten zählende Gruppe immer wieder durch provokante Aktionen auf, die regelmäßig die Grenzen des guten Geschmacks und des Rechts ausloteten. Der durchweg wohlwollende *Wikipedia*-Artikel, der möglicherweise von den »Vordenkern« der Gruppe verfaßt wurde, listet diese Aktionen auf. Dieser Artikel ist lesenswert, zeigt er doch die zumeist positive Rezeption im linksextremen Bereich, die allgemeinen Reaktionen, darunter die abermalige Einstellung der Ermittlungsverfahren wegen künstlerischer Freiheit oder Satire. Nachfolgend seien an einige dieser Aktionen erinnert:

2019 sorgte die Gruppe für Empörung, als sie eine Säule vor dem Bundestag aufstellte, die angeblich Asche von Holocaust-Opfern enthielt. Auch hier war der vorgeschobene Anlaß ein Protest gegen eine Zusammenarbeit von Union und AfD. Der »Kampf gegen Rechts und insbesondere gegen die AfD« ist ein bevorzugtes Betätigungsfeld des ZPS. Am 22. November 2017 enthüllte das Künstlerkollektiv eine aus 24 Betonstelen bestehende Installation in Sichtweite zu Björn Höckes Haus, die ein verkleinerter Nachbau des Holocaust-Mahnmals in Berlin war. Am 27. November 2023 veröffentlichte das ZPS unter dem Label »AfD – Artists for Democracy GmbH« eine Website zum Thema »AfD verbieten«. Außerdem wurde vor dem Bundeskanzleramt eine Installation aufgestellt, die ein Gefängnis mit Parteimitgliedern der AfD als Insassen darstellte. Im Dezember 2015 stellten die linken Krawallmacher ein Denkmal des ermordeten CDU-Politikers Walter Lübcke vor dem Konrad-Adenauer-Haus auf – angeblich um gegen eine vermeintliche Zusammenarbeit von CDU und AfD zu protestieren. Besonders bezeichnend für die Arbeitsweise der Gruppe sind laufend verbale Entgleisungen, zuletzt gegenüber Friedrich Merz, er sei ein »Rassist und NPD-Hurensohn«. Bisher ohne juristische Konsequenzen, da wohl ebenfalls unter den Schutzmantel der Kunstfreiheit gefallen.

Alles in allem: Eine Gruppe mit fragwürdiger Bilanz. Nichtsdestotrotz oder gerade deshalb gehörte die Gruppe im Dezember 2015 zu den ersten Preisträgern des Amadeu Antonio Preises der berühmten Amadeu Antonio Stiftung. ■

Kurzmeldungen

Bundestag verweigert Antifa-Verbot. Die AfD-Bundestagsfraktion hatte mit einem Antrag unter dem Titel »Inneren Frieden in Deutschland bewahren – Antifa-Verbote umsetzen sowie Linksterrorismus entschlossen bekämpfen« eine harte Vorgehensweise gegen linksextreme Strukturen gefordert. Der Bundestag hat den Antrag abgelehnt – mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen. Der SPD-Politiker Helge Lindh meinte, der AfD gehe es um nichts anderes als um ein »Blankoscheck für Rechtsextremismus«. Ein internationales Vorgehen gegen die Antifa sollte laut AfD »mit Ungarn und den Niederlanden trilateral« organisiert werden. In diesen beiden EU-Staaten haben die Parlamente bereits entsprechende Entschlüsse verfaßt und verabschiedet, die ein Verbot der Antifa vorsehen. Deutschland hingegen verweigert sich dieser Entwicklung beharrlich. Der linke Terror genießt in unserem Land offenbar weiterhin stillschweigende Duldung. (Quelle: u.a. apollo-news, 17.1.26; kettner-edelmetalle.de, 16.1.26)

Klößner verweigert AfD-Mitarbeitern Bundestagsausweise. Nach Angaben der AfD-Fraktion hat die Bundestagsverwaltung seit der Wahl vor knapp einem Jahr bislang sieben AfD-Mitarbeitern keinen Hausausweis ausgestellt. Den Betroffenen sei damit nicht nur der Zutritt zu den Gebäuden des Bundestages verwehrt worden – auch die Auszahlung ihrer Gehälter erfolge nicht, da diese vom Bundestag getragen werden. Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD, Bernd Baumann, kündigte rechtliche Schritte gegen die Entscheidungen von Bundestagspräsidentin Julia Klößner (CDU) an und sprach von einer »weiteren Benachteiligung der AfD im parlamentarischen Betrieb«. Ergäben sich »begründete Zweifel an der Zuverlässigkeit der antragstellenden Person« ergäben, könne laut Bundestagsverwaltung der Ausweis verweigert werden. Zu den konkreten Gründen in den vorliegenden Fällen äußerten sich jedoch weder die Bundestagsverwaltung noch die AfD-Fraktion. (Quelle: t-online.de, 7.2.24)

Marcel Fratzscher hetzt wieder. Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), der sich regelmäßig im Fernsehen als Wirtschaftsexperte inszeniert, hat Unternehmer eindringlich davor gewarnt, der AfD Sympathien entgegenzubringen. »Unternehmer sollten zur AfD bewußt Distanz halten, weil diese Partei nicht nur demokratische Grundwerte angreift, sondern auch ökonomisch gegen die Interessen des Standorts Deutschland arbeitet«, sagte er (4.4.26). Im *Freien Forum* (3-25, S. 24) hatten wir berichtet, daß derselbe Fratzscher vorgeschlagen hatte, älteren Menschen das Wahlrecht zu entziehen und ein soziales Pflichtjahr für Rentnerinnen und Rentner ins Gespräch zu bringen.



Marcel Fratzscher. Der einflußreiche Ökonom ist Politikberater und Professor für Makroökonomie an der Humboldt-Universität in Berlin. Bild: Wikipedia

»Kampf gegen Rechts« zentrales Anliegen des DGB. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, der die Mitglieder aus acht einzelnen Gewerkschaften organisiert, ist ein stark kränkelnder Gewerkschaftsapparat: Zählte er 2004 noch über sieben Millionen Mitglieder, so schrumpfte diese Zahl auf nur noch 5,6 Millionen. Nun hat eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten René Springer ergeben, daß seit 2010 die Bundesregierungen rund 614 Millionen Euro direkt an den DGB überwiesen hätten; allein im Jahr 2024 seien es 50 Millionen Euro gewesen. Wohlgermerkt: Die Zuschüsse aus den Ländern sind nicht in den 614 Millionen Euro enthalten. Der DGB versteht sich als unabhängig von Staat und Arbeitgebern. Eigentlich. Auch die Bundesregierung betont, daß Gewerkschaften »ihre Legitimität aus ihrer Unabhängigkeit von staatlicher und politischer Seite« ziehen. In Wirklichkeit mischt sich der DGB aktiv in die Politik ein – vor allem, um den »Kampf gegen Rechts« zu befeuern, statt sich um die tatsächlichen Belange seiner Mitglieder zu kümmern. »Wir Gewerkschaften müssen und werden alles in unserer Kraft Stehende tun, um die extrem Rechten zu stoppen und ihr spaltendes Treiben zurückzudrängen«, betonte die Vorsitzende Yasmin Fahimi. Am 1. Mai 2024 rief die damals amtierende Generalsekretärin der SPD dazu auf, im Bündnis mit Sozial- und Umweltorganisationen, mit Kultur- und Sportverbänden sowie den Religionsgemeinschaften Flagge zu zeigen, »so lange, bis diese braunen Hetzer in ihre Schranken verwiesen worden sind«. (Quelle: nius.de 10.2.26; kettner-edelmetalle, 10.2.26)

Insolvenzzahlen künftig unterdrückt? 2025 haben so viele Firmen in Deutschland Insolvenz angemeldet wie seit 20 Jahren nicht mehr, wobei die Pleite-Welle vor allem zum Ende des Jahres größer wurde: Die letzte Meldung für Dezember 2025 zeigte ein düsteres Bild, so lagen die Insolvenzanträge um 15,2 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. 17.604 Insolvenzen in einem Jahr! Das Portal m.bild.de hat genau nachgerechnet: Im Schnitt gingen in Deutschland jeden Tag 48 Personen- und Kapitalgesellschaften pleite. Angesichts dieser verheerenden Zahlen wird das Statistische Bundesamt ab sofort keine vorläufigen Insolvenzzahlen mehr herausgeben. (Quelle: apollo-news.net, 13.1.26, Merkur.de, 14.1.26)

In Deutschland lebende ukrainische Männer im wehrfähigen Alter. Laut Daten des Ausländerzentralregisters (AZR) und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) leben mittlerweile fast 350.000 ukrainische Männer im wehrfähigen Alter (18 bis 63 Jahre) in Deutschland. Die Zahl ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen (sie lag bei 297.660), was unter anderem auf eine Lockerung der Ausreisebestimmungen für junge Männer (18–22 Jahre) im Jahr 2025 zurückzuführen ist. Während in der Ukraine ein Ausreiseverbot gilt, kritisiert die Union, daß viele von ihnen Sozialleistungen beziehen, und fordert (etwa Innenpolitiker Alexander Throm), daß diese Männer nicht ins deutsche Sozialleistungssystem gehören. (Quellen: u.a. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; jungefreiheit.de, 15.3.26)

Rekordzahlen, die zu denken geben (sollten). Deutschlands neueste Ausländer-Bilanz liegt vor. Die aktuellen Zahlen mit Stand 30. November 2025 stammen aus einer Übersicht des Ausländerzentralregisters (AZR). Demnach leben rund 14 Millionen Ausländer bei uns, etwa 230.000 von ihnen sind ausreisepflichtig. Paßdeutsche Migranten und sogenannte ›Mihigrus‹, also Menschen mit Migrationshintergrund, sind dabei nicht mitgerechnet. Derzeit sind mehr als 1,4 Millionen Ukrainer offiziell registriert. Damit fehlen nur noch knapp 125.000 Zuwanderer aus dem osteuropäischen Staat und die Ukraine hätte die Türkei überholt. (Quelle: u.a. focus.de, 20.1.26)

Krimineller Bosnier zählt zu den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung. Seit 17 Jahren ist der abgelehnte Asylbewerber ausreisepflichtig. Doch die Stadt Köln gewährt ihm immer wieder eine Duldung, weil die Ausländerbehörde keine Paßersatzpapiere aus dem sichereren Herkunftsland beschaffen will. Sein Strafregister weist etliche Verurteilungen auf. Die Palette reicht von mehreren Eigentumsdelikten bis hin zu schwerem Bandendiebstahl, Urkundenfälschungen, Leistungerschleichung sowie Betrügereien. Inzwischen hat der kriminelle Bosnier mit seiner Frau acht Kinder. Das Sozialamt zahlt der Familie knapp 7300 Euro nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Das sind pro Jahr 87.600 Euro netto. (Quelle: focus.de, 11.1.26)

Jobcenter haben enorme Außenstände. Wird die Hilfe des Staates für Bedürftige von vielen schamlos ausgenutzt? Insgesamt beliefen sich Anfang März 2026 die Bürgergeld-Schulden in Deutschland auf 3,25 Milliarden Euro. Wohlgemerkt: Diese horrende Summe bezieht sich auf Schulden der Empfänger (Forderungen der Jobcenter), nicht auf die jährlichen Gesamtausgaben des Bundes für das Bürgergeld. Dabei handelt es sich häufig um Rückzahlungsverpflichtungen aus Darlehen, die das Jobcenter beispielsweise für Mietkautionen oder in besonderen Härtefällen gewährt hat. Es ist fraglich, ob diese Schulden überhaupt zurückgeholt werden können. Daß die Berliner Jobcenter mit Außenständen in Höhe von rund 630 Millionen Euro bundesweit an der Spitze liegen, überrascht nicht. Apropos Berlin: 2,2 Milliarden Euro gab Berlin 2025 für Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten aus. Die Beträge kommen auch einem florierenden Asylgewerbe zugute, das seit 2015, als Angela Merkel die Flüchtlinge der Welt einlud, stetig wuchs. (Quelle: u.a. m.bild.de 15.3.26; web.archive.org)

Celle gibt Integrationsprojekt auf. »Für Kommunen ist es weit mehr als unattraktiv, sondern vielmehr unpraktikabel, Flüchtlinge im Rahmen ihrer Möglichkeiten in ein Arbeitsverhältnis zu überführen.« Mit diesen Worten zog die niedersächsische Stadt Celle selbst ein vernichtendes Fazit unter ein Integrationsprojekt, das eigentlich Hoffnung machen sollte. Celles Oberbürgermeister führt in erster Linie die »schier uneinnehmbaren Hürden«, die der Gesetzgeber aufgebaut habe. Von insgesamt 119 Migranten, die für das Projekt in Betracht gezogen wurden, galten nach Angaben der Stadt 80 von Beginn an als nicht arbeitsfähig. Als Gründe nennt die Stadt unter anderem die Teilnahme an Sprach- und Integrationskur-

sen, wobei bereits wenige Stunden pro Woche ausreichen, um von einer Arbeitsaufnahme ausgeschlossen zu werden. Hinzu kamen Betreuungspflichten für Kinder, obwohl die Stadt Celle grundsätzlich Kita-Plätze zur Verfügung stellt. Tatsächlich eingesetzt wurden am Ende lediglich sieben Migranten, von denen sechs unter anderem aus gesundheitlichen Gründen ihre Tätigkeit vorzeitig beendeten. Nach nur acht Monaten wurde das Projekt eingestellt: »Aufwand und Nutzen standen in keinerlei Verhältnis« – 73.000 Euro Kosten für 1000 Euro Arbeitsleistung. (Quelle: nius.de, 10.1.26)

Kurse zum »kritischen Weißsein«. Die NGO »Schwarze Schafe« bietet für schlappe 2.290 Euro pro Person ein sechsmonatiges Seminar für Weiße (»Ally Lab«) an, in dem die Teilnehmer ihre angeblichen unverdienten Privilegien in der weißen Mehrheitsgesellschaft hinterfragen sollen. Der eingetragene Verein (Schwarze Schafe eV), der sich selbst als »postmigrantische Bildungsinitiative« bezeichnet, betreibt auch eine Meldestelle für antimuslimischen Rassismus und richtet zahlreiche Workshops aus, die sich an Erwachsene und Kinder richten. So gibt es auch Angebote für das Personal in Kindertagesstätten. Denn so heißt es auf der Webseite von »Schwarze Schafe« (schwarzeschafe.de): »Schon die Kleinsten erleben eine Welt, in der Unterschiede bewertet werden – und stellen Fragen. In unseren Angeboten für pädagogische Fachkräfte in Kitas geht es darum, wie Rassismuskritik und Empowerment schon in der frühen Bildung verankert werden können. Kindgerecht, praxisnah und mit Herz.« Der Verein wird wie fast selbstverständlich von verschiedenen staatlichen Stellen (u.a. Bundesinnenministerium und Deutsche Islamkonferenz) großzügig alimentiert. Dominik Kettner nennt dies »Steuergelder für Selbstgeißelung«. (Quelle: apollo-news.net, 28.1.26; kettner-edelmetalle.de, 27.1.26)

Bundeswehr plant muslimische Militärseelsorge. Mit einem bundesweiten Pilotprojekt will die Bundeswehr ab Anfang 2026 erstmals muslimische Seelsorger einsetzen und sucht Seelsorger für 3000 moslemische Bundeswehrsoldaten. Oberst Thorsten Weber vom Verteidigungsministerium meint dazu: »Mit den 3000 muslimischen Soldatinnen und Soldaten, die wir mittlerweile haben, ist es uns auch wichtig, diese Vielfalt anzuerkennen und dort ein eigenes sogenanntes seelsorgliches Betreuungsangebot für muslimische Soldatinnen und Soldaten zu schaffen.« Das Pilotprojekt wird auch damit begründet, daß der neue Wehrdienst auch junge Muslime demnächst vor die Frage stellen wird, ob sie Deutschland in der Bundeswehr dienen sollen. (Quelle: u.a. ndr.de, 8.1.26)

»Eine orwellsche Sprache entwickelt sich.« In seiner Neujahrsansprache an die Vatikanbotschafter beklagte Papst Leo XIV. eine zunehmende Einschränkung der Meinungs- und Gewissensfreiheit auch im Westen. Es entwickle sich eine neue Sprache mit orwellschem Beigeschmack, »die in ihrem Bestreben, immer inklusiver zu sein, darin mündet, diejenigen auszuschließen, die sich nicht den Ideologien anpassen, von denen sie beseelt ist«. (Quelle: domradio.de, 9.1.26)

Vatikan bestätigt Ausschluß von AfD-Politiker aus Ehrenamt.

Der Vatikan hat den Ausschluß des saarländischen AfD-Landtagsabgeordneten Christoph Schaufer aus dem kirchlichen Ehrenamt aufgrund seines Parteiengagements für rechtens erklärt. »Parteien, die rechtsextrem sind oder am Rande dieser Ideologie wuchern, können für uns Christen kein Ort der politischen Betätigung sein«, erklärte zuvor der Generalvikar Ulrich von Plettenberg. Schaufer sagte laut Medienberichten, er sei wegen der Entscheidung aus der katholischen Kirche ausgetreten. Er warf der Kirche vor, ihn nur »aufgrund von Gruppenzugehörigkeit« aus dem Verwaltungsrat, dem er zuvor mehrere Jahre angehörte, ausgeschlossen zu haben. Trotz des Kirchenaustritts verstehe er sich weiter als Katholik. (Quelle: jungfreiheit.de, 30.1.26; domradio.de, 26.1.26)



Christoph Schaufer. Bild: SR.de

Wo bleibt die staatliche Neutralitätspflicht? Bundesfamilienministerium finanziert einen im Januar erschienenen Leitfaden zum Ausschluß rechter Jugendlicher: »Stark gegen Rechts: Jugendverbände gegen rechte Einflußnahme«. 300.000 Euro flossen an ein Projekt, das zum Ausschluß rechter Mitglieder in Jugendverbänden aufruft. Juristen sehen darin einen Verstoß gegen die staatliche Neutralitätspflicht. Über diese Anti-Rechts-Broschüre meinte Staatsrechtler beispielsweise Dietrich Murswiek: »Es werden Steuergelder für Zwecke eingesetzt, die der Staat nicht verfolgen darf.« (Quelle: u.a. nius.de u. jungfreiheit.de, 20.1.26)

Besorgnis über familienbasierte kriminelle Strukturen wächst. Laut einer aktuellen Einschätzung des Bundesinnenministeriums gibt es mindestens 36 Clans in Deutschland mit insgesamt 500.000 Mitgliedern. 13 Clans sind arabischstämmig, 11 Clans werden der Gruppe der Mhallamiye zugeordnet (arabischsprachige Gemeinschaften, überwiegend mit Wurzeln in der Türkei, im Libanon oder in Syrien), 9 Clans sind »rein türkischer« Herkunft, 2 Clans sind kurdischer Abstammung, 1 Clan kommt ursprünglich vom Westbalkan. (Quelle: u.a. journalistenwatch.com, 1.2.26)

Abschiebung unmöglich. Behörden stehen vor einem Rätsel. In Deutschland gelten insgesamt 7624 registrierte Flüchtlinge als »abgängig«. Als »abgängig« gelten Flüchtlinge, wenn sie – je nach Bundesland – zwei bis drei Tage nicht in ihrer Einrichtung erscheinen. Nur ein Bruchteil taucht später wieder auf. Sie wurden in Erstaufnahmeeinrichtungen erfaßt, dann verlor sich ihre Spur. Allein in Rheinland-Pfalz verschwanden 923 Asylbewerber aus den Unterkünften. Ein Viertel der verschwundenen Personen ist bereits als Straftäter aufgefallen. Besonders brisant ist die Tatsache, daß in Berlin, Bayern, Sachsen und Thüringen die Abgänge teils gar nicht erfaßt werden. Erst nach Anfrage durch *Bild* wurden auch in Thüringen verschwundene Fälle festgestellt. Für den neuen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Gordon Schnieder (CDU) ist das nicht hinnehmbar: »Der Staat muß jederzeit wissen, wer sich in seinen Einrichtungen aufhält und wer sie verläßt.« (Quelle: m.bild.de, 1.2.26)

Kindergeld-Zahlungen ins Ausland sind wegen Betrugsverdachts schon lange umstritten. 2025 floß so viel Geld wie nie zuvor von der Familienkasse ins Ausland, und zwar 528 Millionen Euro Kindergeld und mehr als 12 Milliarden an Ausländer-Kinder im Inland. Ukrainer liegen auf Platz drei der Bezieher. Und von den 55,3 Milliarden Euro Kindergeld im Inland gingen mehr als 22 Prozent an Kinder mit ausländischer Staatsbürgerschaft. (Quelle: welt.de, 27.1.26)

Niedersachsen will Nacktuntersuchungen von Polizisten. Die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen will das polizeiliche Disziplinarrecht ändern, um bei Verdacht auf Rechtsextremismus amtsärztliche Nacktuntersuchungen von Polizisten zu ermöglichen. So will man nach verfassungsfeindlichen Tattoos suchen. André Bock, der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, sprach von einem »Mißtrauensbeweis gegenüber der gesamten Beamtenschaft«. Die geplante Tattoo-Untersuchung, die »Inaugenscheinnahme der Hautoberfläche« sei »übergriffig, entwürdigend und mit einem modernen Rechtsstaat nicht vereinbar«. (Quelle: t-online.de u. apollo-news.net, 22.1.26)

»Ihr paßt nicht zur DLRG!« Mit diesen Worten hat die Verbandspräsidentin der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft Ute Vogt Ex-SPD-Politikerin und DLRG-Präsidentin Ute Vogt (SPD) vor dem Bundestag ihren Willen, Menschen aufgrund ihrer politischen Überzeugung von der Mitgliedschaft auszuschließen. Eine Satzungsänderung soll helfen, bei den ehrenamtlichen Rettungsschwimmern »unser Werte« durchzusetzen. Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten. In den sozialen Medien kündigten zahlreiche Nutzer an, ihre Spenden einzustellen. Der AfD-Fraktionschef im baden-württembergischen Landtag, Anton Baron, forderte »den sofortigen Stopp aller staatlichen Zuschüsse, solange die diskriminierende Satzung gilt«. (Quelle: faz.net; apollo-news.net, 22.1.26)

DDR-Unrecht kein Pflichtstoff mehr an Berlins gymnasialen Oberstufen? Laut einem neuen Rahmenlehrplan sollten in Berlin die DDR-Geschichte und Erinnerungskultur nur noch freiwillige Wahlthemen im 3. und 4. Halbjahr werden. Das heißt, die Abiturienten sollten sich nicht mehr zwingend mit der SED-Diktatur und dem Mauerfall auseinandersetzen müssen. Die Entscheidung der Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) sorgte für hitzige Diskussionen: Verbände, Geschichtslehrer und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zeigten sich entsetzt, die Vorgabe sei ein fatales Signal, das die Aufarbeitung von Unrecht relativiere. Angesichts des allgemeinen Aufschreis wurde der umstrittene neue Rahmenlehrplan revidiert. (Quelle: u.a. schwaebische.de, 15.1.26)

Je linker das Wahlergebnis, desto kinderärmer die Stadt. Eine bundesweite Auswertung der Geburtenraten und Wahlergebnisse zeigt eine deutliche statistische Korrelation zwischen politischer Prägung und demografischer Entwicklung. Insbesondere in Hochburgen der Grünen und der Linken liegt die Kinderzahl deutlich unter dem Durchschnitt. Dieser Befund ist kein Einzelfall, sondern zieht sich systematisch durch nahezu alle deutschen Städte und Landkreise, wie der X-

Nutzer Nikolaus Haufler ausgewertet hat. So weist Freiburg im Breisgau, das häufig als Modellstadt grüner Politik bezeichnet wird, bei einem Stimmenanteil von 47 Prozent für Grüne und Linke eine Geburtenrate von lediglich 1,13 auf. Heidelberg fällt mit 0,93 sogar unter die Marke von einem Kind pro Frau. Auch Darmstadt, Münster und Jena liegen mit Werten von 1,16, 1,17 beziehungsweise 1,18 deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 1,36. (Quelle: freilichmagazin.com, 12.1.26)

Corona und kein Ende. Eine Frau erlitt nach einer Corona-Impfung einen schweren Hirnschaden. Obwohl Behörden den Impfschaden anerkennen, sieht das Landgericht Trier keine Grundlage für eine Haftung des Herstellers AstraZeneca. Die Klage auf Schmerzensgeld wurde abgewiesen. Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, daß der Impfstoff zum Zeitpunkt der Verabreichung ein positives Nutzen-Risiko-Verhältnis aufgewiesen habe. Unfaßbar. Die heute 51-jährige ehemalige Kindergartenbetreuerin hatte sich Anfang März 2021 impfen lassen. Kurz darauf erlitt sie eine lebensbedrohliche Sinusvenenthrombose. Seitdem ist sie dauerhaft pflegebedürftig und auf eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung angewiesen. (Quelle: u.a. archive.ph, 25.1.26)

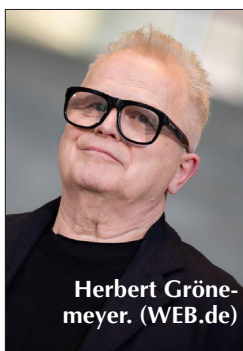
Die bildreiche Sprache der Marietta Slomka. In einem Interview mit der Wochenzeitung *Die Zeit* äzte die Heute-Journal-Moderatorin, die AfD würde Lüge zur Normalität machen. Mit Populisten reden sei wie mit einer Taube Schach spielen: »Erst schmeißt sie die Figuren um – dann kackt sie noch aufs Feld.« Mit Blick auf die fünf Landtagswahlen in diesem Jahr und mögliche Interviews mit AfD-Politikern im *Heute Journal* äußerte Slomka Zweifel, ob diese Gespräche »gerade in aufgeheizten Wahlkampfzeiten« einen Erkenntnisgewinn liefern würden: »Siehe Taubenschach.« Laut einem Bericht der *Welt am Sonntag* erhielt die Journalistin im Jahre 2023 ein Brutto-Honorar in Höhe von 393.750 Euro – eine Summe, die aus den Zwangsgebühren finanziert wird, die jeder Haushalt entrichten muß, ob er das Programm nun schätzt oder nicht. (Quelle: jungefreiheit.de, 28.1.26)

Draghis Angriff auf die Souveränität. Der frühere EZB-Chef Mario Draghi, der im Januar 2026 mit dem Karlspreis 2026 für seine Verdienste um Europa ausgezeichnet wurde, fordert das Ende der europäischen Nationalstaaten. In einer Rede an der belgischen katholischen Universität Leuven forderte er eine radikale Umwandlung der EU von einer Konföderation in eine »echte Föderation«. Europa laufe ansonsten Gefahr, untergeordnet, geteilt und deindustrialisiert zu werden, meinte der Italiener. Damit spricht er sich für eine vollständige Entmachtung der Nationalstaaten, die ihre Souveränität gänzlich einbüßen würden, da wesentliche Kompetenzen wie Fiskalpolitik, Verteidigung, Industrie- und Außenpolitik dann auf EU-Ebene übertragen werden müßten. Das Ende der Nationalstaaten wäre auch das Ende der Demokratie, wie wir sie kennen. »Man muß sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen: Ein nicht gewählter Technokrat fordert die Abschaffung demokratisch legitimierter Nationalstaaten«, meint D. Kettner. (Quelle: u.a. kettner-edelmetalle.de/news, 5.2.26, u. apollo-news.net, 6.2.26)

Evangelischer Bischof rüstet gegen die AfD. In einem Hirtenbrief (!), der traditionell der geistlichen Erbauung und seelsorgerischen Orientierung dienen sollte, behauptete Bischof Tilman Jeremias aus Mecklenburg-Vorpommern unlängst, daß die Positionen der AfD »mit christlichen Werten und mit der Verfassung unserer Kirche nicht vereinbar« seien. In einem anschließenden Interview mit dem *Nordkurier* verriet er, daß die Nordkirche reagieren können wolle, falls eine neue Regierung »die Staatsleistungen abschaffen oder den Einzug der Kirchensteuern durch die Finanzämter einstellen würde«. Aus diesem Grund bereite er juristische Schritte gegen eine mögliche AfD-Regierung vor. Die AfD selbst zeigte sich empört und sprach von Unterstellungen. Der rechtspolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion Horst Förster warf Jeremias vor, Wahlkampf gegen die AfD zu betreiben: »Es geht dem Bischof allein darum, die AfD mit dem moralischen Gewicht seines Amtes als unwählbar hinzustellen.« AfD-Spitzenkandidat Enrico Schult meinte seinerseits, die Kirche sei zum »Büttel der Politik« verkommen. (Quelle: u.a. nordkurier.de, 4.4.26; weltwoche.de, 9.4.26)

Schüler müssen Schwarz-Rot-Gold übermalen. Eine in Schwarz-Rot-Gold bemalte Treppe hat an einer Grundschule in Bad Bergzabern (Rheinland-Pfalz) für Aufsehen gesorgt: Der Schulleiter bezeichnete die Deutschlandfarben als »Verunstaltung« und ließ sie im Rahmen einer »Kunstaktion« von Schülern übermalen. Die Polizei habe unterdessen Ermittlungen aufgenommen und bitte um Hinweise. Der Vorfall war Gegenstand einer »Kleinen Anfrage« im rheinland-pfälzischen Landtag (Drucksache 18/14417) durch einen AfD-Abgeordneten. Die AfD Rheinland-Pfalz kommentierte: »Es wird Zeit, daß in Schulen wieder flächendeckend ein positives Verhältnis zu Deutschland und unseren Nationalfarben vermittelt wird, denn im Sinne unserer Verfassung soll die Schule die Jugend »zur Liebe zu Volk und Heimat« erziehen.« (Quelle: u.a. jungefreiheit.de, 29.3.26)

Grönemeyer erhält »Deutschen Nationalpreis«. In diesem Jahr wird der Sänger Herbert Grönemeyer den mit 55.000 Euro dotierten »Deutschen Nationalpreis« erhalten, mit dem wohlgerneht Toleranz und Völkerverständigung honoriert werden sollen. Mit der Verleihung wolle man »Herbert Grönemeyers außerordentliche künstlerische Leistung und zugleich sein überzeugendes Engagement für die Werte unserer Demokratie würdigen«, sagte



Herbert Grönemeyer. (WEB.de)

der Vorsitzende der Deutschen Nationalstiftung, Thomas Mirow (SPD). Bei einem denkwürdigen Auftritt in Dortmund bezeichnete der in London lebende Multimillionär Andersdenkende als »rechte Ratten« und forderte, man müsse »Schulter an Schulter zusammenstehen«, bis diese »wieder in ihren Löchern verschwinden«. Hat Grönemeyer mit solchen entmenslichenden Aussagen tatsächlich »unsere Demokratie« verteidigt? Wohl untergraben. Der Sänger wolle die totale »Brandmauer gegen rechts«. Seinen Song »Fall der Fälle« trägt er vor mit der programmatischen Zeile »Kein Millimeter nach rechts«. (Quelle: kettner-edelmetalle.de, 19.2.26; jungefreiheit.de, 1.4.26)

Wachsende Sprachlosigkeit

Am 31. März kommentierte Sebastian Herrmann in der *Süddeutschen Zeitung* unter der Überschrift »Wo sind all die Wörter hin?« die Ergebnisse einer Langzeitstudie, welche die Psychologen Valeria Pfeifer und Matthias Mehl in der Zeitschrift *Perspectives on Psychological Science* veröffentlicht haben. Für ihre Studie haben die Wissenschaftler 22 Einzelstudien mit insgesamt 2197 Teilnehmern ausgewertet, die aus den USA, Mexiko, Australien und Europa stammen. Während der im Zeitraum 2005–2019 durchgeführten Studien seien die Studienteilnehmer über längere Zeit während ihrer Alltagsgespräche belauscht worden, also ohne ihr Wissen, so daß die Situationen als authentisch anzusehen sind.

Die Datenauswertung ist mehr als ernüchternd. Beide Wissenschaftler beklagen einen zunehmenden Rückgang des Redevolumens. Im besagten Zeitraum haben im Durchschnitt Jahr für Jahr täglich 338 Wörter weniger die Münder verlassen. In Zeit umgerechnet, bedeutet dies, daß täglich eineinhalb bis zwei Minuten mehr geschwiegen wird. Jedes Jahr äußern Menschen also etwa 120.000 Wörter weniger als in den zwölf Monaten zuvor, was in etwa der durchschnittlichen Länge eines Romans entspricht. Auf den gesamten Untersuchungszeitraum habe sich das individuelle Redevolumen durchschnittlich um 28 Prozent verringert. Der Verlust sei bei Untervierzigjährigen erheblich größer.

Der kostenlose WhatsApp-Dienst hat das Telefon teilweise als Hauptkommunikationsmittel abgelöst. Der moderne Mensch kommuniziert immer mehr über digitale Kurznachrichten, Social-Media-Posts, E-Mails usw. Er stiert und tippt täglich stundenlang in sein Smartphone, anstatt mit seinen Mitmenschen zu plaudern. »Wenn wir weniger sprechen, verbinden wir uns weniger. Mit jedem verlorenen Wort bröckelt unsere Verbindung zu anderen«, so Pfeifer und Mehl. Dadurch daß der Austausch oft asynchron verläuft, das heißt, Nachrichten werden gesendet und empfangen, ohne daß beide Partner gleichzeitig »online« sein müssen, wird das spontane, direkte Gespräch eingeschränkt. Trotz digitaler Vernetzung vereinsamen die Menschen physisch. Fachleute sprechen von »Sofalizing«.

Was die Studie aber nicht zum Ausdruck bringt: die nachlassende Qualität des Redeflusses. Durch wuchende Anglizismen, geringere Lesekompetenz, den wachsenden Einfluß der Sozialmedien und das generell vereinfachende Jugendjargon wird die Sprache nicht mehr gepflegt, sie verarmt und degeneriert zu einer »Recycling«-Sprache. Sprachforscher bezeichnen diese »Entwicklung« als »Sprachwandel«, wir hingegen als Verfall, als Gefährdung des Sprachguts.

Der Journalist Florian Harms, der ebenfalls die Ergebnisse der Studie kommentierte, befand: »Die Studie der Psychologen finde ich. . . alarmierend. Gespräche sind der Kitt, der Gesellschaften zusammenhält. Wenn wir verlernen, wie wir empathisch miteinander reden, wenn immer mehr Menschen eher aufs Handy glotzen und Content-Schnipsel in sich aufsaugen, statt miteinander zu reden, dann geht etwas kaputt. ›Der Mensch ist Mensch nur durch Sprache‹, hat Wilhelm von Humboldt gesagt. Ich denke, da hatte er recht.« ■

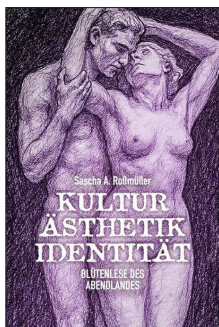
Krieg gegen Russland



Harald Nagl:
**Krieg gegen
Russland**, 408
Seiten, gebunden,
28 Euro, ARES Verlag,
Graz 2025.

Mit seinem Werk *Krieg gegen Russland – Die Zerstörung der Ukraine, die Schuld des Westens und die Entstehung einer neuen Weltordnung* gibt der Autor dem Leser eine unbefangene, objektive Sicht auf den Konflikt in der Ukraine. Er räumt mit westlichen Narrativen auf, die uns tagtäglich in den etablierten Medien begegnen. Neben einem historischen Abriß der Entwicklung Rußlands und der Ukraine sowie des Verhältnisses St. Petersburgs bzw. dann Moskaus zu den westlichen Staaten in den vergangenen gut 200 Jahren zeigt der Verfasser exakt die unheilvolle Entwicklung seit 1990 auf, die schließlich in den slawischen Bruderkrieg führte. Dort, wo der Autor eine Analyse der deutsch-sowjetischen Konfrontation im 20. Jahrhundert wagt, hätte er lieber geschwiegen. So erzählt er etwa von der »unvorbereiteten« Sowjetunion 1941, schreibt stets von »Nazideutschland« und fährt fort: »Doch auch die reguläre Wehrmacht führte einen Vernichtungskrieg gegen die slawischen ‚Untervölker.« Kritische Beobachter könnten ihm daher vorwerfen, er verbreite das sowjetische Geschichtsbild. In bezug auf den andauernden Ukrainekrieg hingegen legt er ausgewogen die Fakten auf den Tisch und relativiert damit die westliche Deutung von der Alleinschuld Moskaus am gegenwärtigen slawischen Völkerringen.

Kultur – Ästhetik – Identität



Sascha Roßmüller:
**Kultur -
Ästhetik -
Identität -
Blütenlese des
Abendlandes**,
161 Seiten, br.,
21 Abb., 19,95
Euro, Eigenver-
lag, Riesa 2025

Der Politikberater und Publizist Sascha Roßmüller veröffentlichte im vergangenen Jahr sein nunmehr drittes Buch. Nach zwei hochpolitischen Werken widmete sich der wortgewaltige Niederbayer diesmal der Kultur. Mit seiner Schrift *Kultur – Ästhetik – Identität* beleuchtet der Autor unsere abendländischen Grundlagen. Woher kommen Kunst und Kultur, die unser Wesen seit Jahrhunderten prägen? Dieser Frage geht Roßmüller auf den Grund und zeigt die Epochen unserer Geschichte auf, die vor allem bei der jüngeren Generation heutzutage weitgehend vergessen bzw. überhaupt unbekannt sind.

Erst wer die kulturelle Geschichte unseres Abendlandes verinnerlicht hat, kann den großen Schatz ermessen, der Europa ausmacht und den die EU außer acht läßt. Roßmüller erklärt auch das Versmaß, damit man überhaupt Zugang zu Gedichten bekommt, und die Bedeutung des Lateinischen als einstige »Lingua franca« (Verkehrssprache) in Europa. Während heutzutage im Bereich der Kunst die »Diktatur des Häßlichen« (Walter Marinovic) dominiert und Kakophonie in der zeitgenössischen Musik en vogue ist und somit die ganze Verwirrtheit offenbar wird, setzt Roßmüllers Rückgriff auf Vergangenes in Form einer »Blütenlese des Abendlandes« einen Kontrapunkt zur heutigen »Antikunst«-Szene.

Buchempfehlungen

Roland Kaehlbrandt · Von der Schönheit der deutschen Sprache

Die deutsche Sprache steht im Ruf, genau und logisch, aber auch schwerfällig, hart im Klang und sogar unschön zu sein. Bestsellerautor Roland Kaehlbrandt hingegen beweist: Deutsch ist eine schöne Sprache! Sie lädt zu feinsten Nuancen ein; sie ist klangvoll, klar und anschaulich; kann aber auch anmutig und elegant sein, ja sogar voller Witz. Dieses Buch ist eine Schatztruhe an Sprachschönheiten, ein ästhetisches Lesevergnügen für alle Sprachliebhaber, eine Ode an die deutsche Sprache. (320 S., Pb. € 14.)



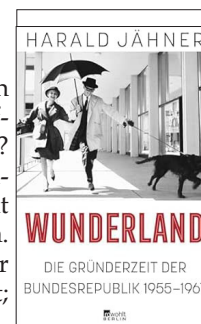
Dominik Kettner · Der digitale Euro

Der Finanzexperte Dominik Kettner zeigt klar und verständlich, welche dramatischen Veränderungen diese neue digitale Währung mit sich bringt – und wie man sich davor schützen kann. Er legt offen, wie perfide Politik und Zentralbanken agieren, um den digitalen Euro als bessere und bequemere Alternative zum Bargeld zu positionieren, wie manipulativ sie dabei vorgehen und welche krassen Einschränkungen das Zentralbankgeld quasi auf Knopfdruck ermöglicht. Was einst als völlig undenkbar abgetan wurde, steht kurz vor der Umsetzung! (240 S., Pb. € 22.-)



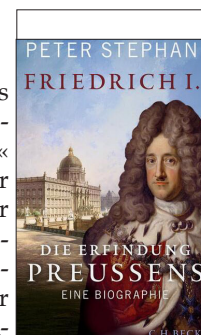
Harald Jähner · Wunderland. Die Gründerzeit der Bundesrepublik 1955–1967

Kaum sind die Trümmer weggeräumt, setzt in Deutschland ein Wirtschaftsaufschwung ohne Gleichen ein, auch ein nimmersatter Kaufrausch. Und plötzlich stellen sich neue Fragen: Wie soll man leben? Verlieren wir unsere kulturelle Identität an Amerika? Wie viel Freiheit braucht ein Kind, eine Ehe, ein Arbeitnehmer? Erstmals kommt ein deutscher Staat ohne höhere Idee aus als das Glück des Einzelnen. Harald Jähners fulminantes Porträt der jungen Bundesrepublik, einer Zeit, in der sich alles neu formierte – und die es neu zu entdecken gilt; eine Reise in die Lust und Mühen des Wirtschaftswunders. (480 S., geb., Abb. € 32.-)



Peter Stephan · Friedrich I.

Der Mann, der Preußen erfand: Friedrich I. (1657–1713) galt lange als weltfremder Schöngest, der sich aus Prunksucht 1701 selbst zum König in Preußen erhob. Peter Stephan beschreibt den »schiefen Fritz« demgegenüber als planmäßigen Erfinder des preußischen Staates, der sein Selbst- und Staatsverständnis in Kunst und Architektur seiner Hauptstadt Berlin versinnbildlichte. Seine elegant geschriebene Biografie ist zugleich die faszinierende Wiederentdeckung eines vergessenen Preußen, das unter Friedrichs Nachfolgern keine Chance mehr hatte. Eine spannende Biographie des ersten und am meisten verkanteten preußischen Königs. (393 S., geb. € 34.-)



Hinweise und Mitteilungen

Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik:

Klosterhof 4 / D-34399 Wesertal · Tel.: 05572-7310

e-mail: gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de

www.gfp-netz.com/ www.facebook.com/www.gfp-blog.de/

Liebe Mitglieder und Freunde,

Die turbulente, unübersichtliche und vor allem irrsinnige Lage in einer wie aus den Angeln gehobenen Welt hat das Motto unserer diesjährigen Herbsttagung regelrecht diktiert: »Welt im Ausnahmezustand – Wohin treibt Deutschland?« Weltpolitik nach US-Machart besteht nur noch aus Drohungen, Ultimativen, Lügen (Fakes), Sanktionen und »Deals«. Vernünftige Menschen blicken nicht mehr durch. Mit unberechenbaren Staatschefs ist leider alles möglich.

Jedenfalls wird die von Israel eingefädelt Nahostaktion, die nur wenige Tage währen sollte und kein vertretbares Ziel hatte, die Allianzen grundlegend verändern und der Führungsrolle der USA in allen Bereichen abträglich sein. Israel darf tun, was es will, und tut es auch. Letzte Episode einer schier endlosen Liste: Trump (Stand 9. April) drohte mit einem teilweisen Rückzug aus der NATO und damit der Schließung einiger Basen in Deutschland. Die EU (und Deutschland) gaben und geben ein jämmerliches Bild ab, da seit Jahrzehnten zu sehr in lähmende Verflechtungen eingezwängt. Die Europäer haben offenbar noch nicht begriffen, daß sie ihre Souveränität nicht wiedergewinnen werden, wenn sie weiterhin von den USA abhängig bleiben. In der Welt des Donald Trump, der grundsätzlich alles verachtet, was den Einfluß der US-Macht einschränken könnte, gibt es keinen Platz für ein stolzes und eigenständiges Europa. – Wir sind dabei, mögliche fachkundige Referenten zu kontaktieren, die für uns die einzelnen Facetten dieses weltbewegenden Themas beleuchten werden. Ihre Namen werden wir Ende Juni in der nächsten Ausgabe des **Freien Forums** mitteilen.

Am 28. August findet turnusmäßig die Wahl des neuen GfP-Vorstands statt. Der Vorsitzende Dr. Pfeiffer hat bereits mitgeteilt, daß er die nochmaligen Verpflichtungen seines Amtes nicht mehr wahrnehmen könne (siehe Seite 1). Mehrere Personen haben im Vorfeld ihre Bereitschaft signalisiert, für den Posten des Vorsitzenden zu kandidieren. Möglicherweise kommen weitere Interessenten hinzu, auch solche, die sich in die Arbeit des Vorstands einbringen möchten; der Vorstand soll nämlich erweitert werden. Daß die GfP eine rege Beteiligung bei der Mitgliederversammlung begrüßen würde, braucht nicht betont zu werden. Wer einen Antrag zur Jahreshauptversammlung stellen möchte, darf ihn ab jetzt an das Sekretariat der GfP richten. ■ Margret Nickel

Konto für Beiträge
und Spenden:

GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK

IBAN: DE 08 6129 0120 0393 6120 07

Beilagenhinweise:

Werbekarte für die GfP

Prospekt der Klosterhaus-Versandbuchhandlung

**DAS
FREIE
FORUM**

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Wolf Lehner. Erscheint vierteljährlich. Nichtmitglieder erhalten das Heft für 4 Euro Spende. Mitglieder erhalten es automatisch. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 34399 Wesertal